

**B**

**BERICHT  
AUS DEM LANDTAG**

Ausgabe November 2014

**EDITORIAL**

**CDU-INITIATIVE GEGEN  
LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG**

# **AUF DEN TISCH STATT IN DIE TONNE**



Sehr geehrte Damen  
und Herren,

am 9. November jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 25. Mal. Mit dieser friedlichen Revolution hat auch das Sinnbild des Unrechtsstaats DDR, die Überwachung und Denunziation durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), ein jähes Ende gefunden. Das gilt vor allem in der DDR, es gilt aber auch in Niedersachsen. Auch bei uns sind Menschen Opfer von Bespitzelung und Rufmord durch die Stasi geworden. Ihr Schicksal soll jetzt in einer Enquete-Kommission zu den vielfältigen Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufgearbeitet werden – das fordert die CDU-Landtagsfraktion in einem Antrag. Dabei geht es vor allem darum, die Aufarbeitung öffentlich zu machen und nicht von einer Historiker-Kommission hinter verschlossenen Türen verhandeln zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler hat es im Landtag deutlich gesagt: „Es ist unsere moralische Verpflichtung, dass den Stasi-Opfern in Niedersachsen Gerechtigkeit widerfährt. Es geht um die Aufarbeitung einer uns noch immer belastenden Vergangenheit, um aufrichtiges Erinnern, um Gerechtigkeit und nicht zuletzt um Versöhnung. Verbunden mit der Hoffnung, dass sich so etwas niemals wiederholt!“

Die vollständige Rede des Fraktionsvorsitzenden lesen Sie unter: <http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/plenarrede-des-vorsitzenden-der-cdu-fraktion-bjoern-thuemler-841.html>

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

# THEMA DES MONATS

# AUF DEN TISCH STATT IN DIE TONNE

## CDU-Initiative zum Welternährungstag mahnt zu bewussterem Umgang mit Lebensmitteln

**Die Banane hat braune Stellen – schnell in den Mülleimer damit. Der Joghurt hinten im Kühlschrank ist schon drei Tage über dem Mindesthaltbarkeitsdatum - lieber nicht mehr essen. Die Entscheidung Lebensmittel wegzuschmeißen ist schnell getroffen – wir alle tun es, jeden Tag. Nur die Konsequenzen sind den Wenigsten von uns wirklich bewusst.**

Fakt ist: Jedes Jahr landen in Deutschland pro Kopf rund 80 Kilogramm Lebensmittel im Abfall – die Hälfte davon noch vollkommen verzehrfähig. Hauptsächlich betroffen sind Backwaren, Obst und Gemüse. Der größte Anteil der Abfälle entsteht in privaten Haushalten. Gleichzeitig leidet weltweit rund eine Milliarde Menschen an Hunger. Schätzungen zufolge sterben jeden Tag 24.000 Menschen an den Folgen von Unterernährung.

Um auf das enorme Ausmaß der Lebensmittelverschwendung aufmerksam zu machen und für einen bewussteren Umgang mit den Produkten zu werben, haben die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion den Welternährungstag am 16. Oktober zum Anlass genommen Supermärkten, Marktständen, Bäckereien, Bauernhöfen, Suppenküchen und anderen Einrichtungen in ganz Niedersachsen einen Besuch abzustatten. „Wir dürfen die beschämenden Zahlen nicht einfach so hinnehmen, sondern müssen alles tun, um Lebensmittel so effektiv wie möglich zu nutzen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Frank Oesterhelweg. „Deshalb wollten wir uns in der Praxis über Probleme und innovative Lösungsansätze informieren.“ Zu den Hauptproblemen zählen vor allem die überzogenen Vorgaben von Politik, Wirtschaft aber nicht zuletzt auch die hohen Ansprüche der Verbraucher im Hinblick

Das Auge isst mit und beeinflusst so unseren Konsum

auf Form, Farbe und Qualität von Lebensmitteln. Das Auge isst nicht nur mit, es spielt auch beim Einkauf eine wichtige



CDU-Fraktionsvize Frank Oesterhelweg informierte sich am Marktstand von Michael Heine unter anderem über die Probleme mit unsinnigen Vorschriften. So dürfen z.B. Möhren nur gewaschen verkauft werden – obwohl sie dann schneller verfallen.

Rolle. Äpfel mit schorfigen Stellen, krumme Möhren oder unförmige Kartoffeln – genügt ein Produkt nicht den optischen Ansprüchen, bleibt es oft im Regal liegen oder schafft es erst gar nicht dorthin. Rund die Hälfte des Gemüses, das für deutsche Supermärkte angebaut wird, landet nicht in den Kühlschränken der Verbraucher, weil es nicht schön genug ist. Dabei haben die vermeintlichen Mängel geschmacklich keinerlei Auswirkungen. Geschält, geschnitten und gekocht, schmeckt man den Unterschied schließlich nicht. „In dieser Hinsicht wäre ein Umdenken wünschenswert – wir müssen lernen Lebensmittel wieder wertzuschätzen, auch wenn sie nicht perfekt sind“, betont Oesterhelweg. „Es darf vor allem nicht sein, dass Produkte, die irgendwelche Standards nicht erfüllen, bedenkenlos weggeworfen werden, obwohl es auch in unserem Land so viele Bedürftige gibt.“ Denn allein in Deutschland sind 1,5 Millionen Menschen regelmäßig auf Lebensmittelpenden angewiesen.

Ein weiterer Irrglaube rankt sich um das viel diskutierte Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) auf abgepackten Lebensmitteln. Es gibt Auskunft darüber, bis wann ein Produkt auf jeden Fall, ohne wesentliche Einbußen bei Geschmack- und Qualität oder gesundheitliche Risiken genießbar ist – natürlich nur bei entsprechender Aufbewahrung. Da es kein Verfallsdatum ist,



Bäckermeister Gunnar Meier zeigte CDU-Fraktionschef Björn Thümler, dass unverkaufte Brötchen nicht in der Tonne landen müssen. Altbackenes wird geröstet und zu Paniermehl verarbeitet.

Foto: Kreiszeitung Wesermarsch

können die Lebensmittel in der Regel auch über den Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums hinaus verzehrt werden. Trotzdem schrecken viele Verbraucher davor zurück Produkte zu konsumieren, die vermeintlich „abgelaufen“ sind. Oesterhelweg: „Hier braucht es aktive Aufklärungsarbeit – die Verbraucher müssen wissen, dass sie die meisten Lebensmittel nicht gleich wegschmeißen müssen, nur weil sie mal zwei, drei Tage über dem Mindesthaltbarkeitsdatum sind.“ Auch für die Tafeln ist das Mindesthaltbarkeitsdatum ein Problem. Denn auch viele Lebensmittel, die nicht leichtverderblich sind, bekommen in Deutschland ein Ablaufdatum. Laut Vorgaben des Bundesverbands Deutsche Tafel dürfen jedoch keine Lebensmittel mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum weitergegeben werden. Gleiches gilt für die Supermärkte. Somit wandern jährlich Tonnen von Lebensmitteln unnötig in den Müll. Auch die falsche Lagerung von Lebensmitteln, zu große Packungen im Supermarkt, überdimensionierte Portionen in Restaurants und Kantinen oder falsche Mengenkalkulationen im Einkauf führen häufig dazu, das Lebensmittel vernichtet werden müssen.

„Im Rahmen unserer Aktion haben wir in Niedersachsen viele gute Initiativen kennengelernt, deren Ziel es ist die Verschwendung von Lebensmitteln zu verringern“, betont Oesterhelweg. „Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch die Politik gefragt. Wir haben bereits eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung auf den Weg gebracht. Aber jeder von uns kann schon im Kleinen etwas tun. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir hier etwas erreichen.“ Möglichkeiten dafür gibt es genug. Im Internet ist beispielsweise das so genannte Foodsharing auf dem Vormarsch: In zahlreichen Städten gibt es bereits über die Sozialen Netzwerke organisierte Lebensmittelbörsen. Dort werden Lebensmittel, die nicht mehr gebraucht werden, verschenkt oder zum Tausch angeboten.



Angelika Jahns war zu Gast bei einer Veranstaltung der Wolfsburger Tafel. Für viele Tafeln ist das Mindesthaltbarkeitsdatum ein Problem – sie wünschen sich, dass es für die Tafeln Ausnahmen von den strengen Regelungen gibt.



Axel Miesner besuchte das Haltermann-Center Edeka-Breiding. „Der besondere Wert von Lebensmitteln muss fest im Bewusstsein der Menschen verankert werden“, sagt er



Gabriele Kohlenberg diskutierte mit Biobauer Friedrich Bartels, wie man die Gesellschaft zu einem bewussteren und sparsameren Umgang mit Lebensmitteln bewegen kann. Bartels gräbt z.B. auf seinem Hof unverkäufliches Gemüse unter, um so die Fruchtbarkeit des Bodens zu erhalten.

Foto: Rasmussen - Leinetal Online News



„Unpassende Portionsgrößen oder das Mindesthaltbarkeitsdatum sind die häufigsten Faktoren, die bei den Verbrauchern dazu führen, Lebensmittel wegzuschmeißen“, sagt Dr. Max Matthiesen nach seinem Besuch im Kaufland-Markt Barsinghausen.

## AKTUELL

# CDU-FRAKTION SIEGT IN BÜCKEBURG

## Staatsgerichtshof stellt im Fall Paschedag Verfassungsverstoß der Regierung Weil fest – Rot-Grün muss fehlende Akten nachliefern

Die Braunschweiger Zeitung schreibt: „Niederlage für Rot-Grün“; die Hannoversche Allgemeine Zeitung spricht von „Rauere[n] Zeiten für die rot-grüne Koalition“ und bei der Nordwest-Zeitung heißt es schlicht „Verfassungsgerichtsurteil – Klatsche“. Das Presseecho nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Bückeburg im Fall Paschedag ist ebenso eindeutig wie das Urteil selbst: Mit dem Zurückhalten der Akten hat die rot-grüne Landesregierung ihr vielzitiertes Gebot der größtmöglichen Transparenz selbst als hohle Phrase enttarnt.

„Das Verhalten der Landesregierung war verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt“, mit diesen Worten brachte der Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Herwig van Nieuwland der rot-grünen Landesregierung ihre bisher schwerste Niederlage bei. Rund 4000 Seiten hatte Rot-Grün dem Parlament in der Affäre um den ehemaligen grünen Staatssekretär Udo Paschedag vorenthalten – die Arbeit des Untersuchungsausschusses dadurch massiv behindert. Die CDU-Landtagsfraktion reichte daraufhin Klage in Bückeburg ein. Nun muss die Landesregierung den Großteil der Akten nachliefern. „Das ist ein guter Tag für Niedersachsen“, sagte CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Das Gericht hat dem Recht Geltung verschafft und einen massiven Verfassungsbruch geahndet.“

Es ist die Aufgabe des Landtages, die Landesregierung zu kontrollieren. Laut Artikel 24 Absatz 2 der Niedersächsischen Landesverfassung muss die Landesregierung dem Parlament deshalb gewünschte Akten „unverzüglich und vollständig“ vorlegen. Zurückhalten darf sie Akten nur in absoluten Ausnahmefällen, wenn besondere Gründe vorliegen. „Dass es diese Gründe im Fall Paschedag nicht gegeben hat, ist SPD und Grünen nun höchstrichterlich bescheinigt worden“, betonte Thümler.

Das Urteil wird nicht nur auf den Fall Paschedag Auswirkungen haben. Der Staatsgerichtshof nutzte die Gelegenheit, um deutlich zu machen, dass der Niedersächsische Landtag die gleichen Kontrollrechte hat, wie alle anderen Parlamente in Deutschland. Gerichtspräsident van Nieuwland betonte, dem parlamentarischen Aufklärungsinteresse komme besonderes Gewicht zu, soweit es um die Aufdeckung möglicher Rechtsverstöße und vergleichbarer Missstände innerhalb der Regierung gehe. Thümler: „Die rot-grüne Landesregierung wird dem Parlament zukünftig deutlich mehr Akten vorlegen müssen, als sie dies in der Vergangenheit getan hat. Auch in viele weitere Fälle, in denen Landtagsausschüsse Akteneinsicht beantragt haben, dürfte nun Bewegung kommen.“



Björn Thümler, MdL - Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshof ist eindeutig: Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Zurückhalten der Paschedag-Akten Verfassungsbruch begangen.

Foto: dpa

Der CDU-Fraktionschef forderte Ministerpräsident Weil auf, seinen Stil der „Desinformation und Vertuschung“ endlich aufzugeben. Aus gutem Grund - denn noch kurz vor der Urteilsverkündung in Bückeburg hatte Sozialministerin Rundt im Rahmen der laufenden Plenarsitzung erneut für einen Eklat gesorgt. Im Rahmen der Dringlichen Anfragen hatte die Ministerin behauptet, Niedersachsen habe die Bundesmittel für die Städtebauförderung 2014 in Höhe von 14 Millionen Euro, voll ausgeschöpft. Laut Angaben ihres eigenen Ministeriums waren es jedoch gerade einmal gut acht Millionen. Trotz mehrfacher Nachfrage war Rundt nicht bereit, ihre Aussage zu korrigieren. „Wenn eine Landesregierung das Parlament schon fast routinemäßig falsch oder unvollständig informiert, ist das mehr als bedenklich“, so Thümler.

## KLARTEXT:

## DIE JUSTIZMINISTERIN UND IHR PROBLEM MIT DER WAHRHEIT

### von Jens Nacke

Fast zwei Jahre ist Justizministerin Niewisch-Lennartz jetzt im Amt. Eine Amtszeit die gekennzeichnet ist von einer unglaublichen Serie von Fehlern, Pannen und hilflosen Vertuschungsversuchen. Dabei schreckt die Ministerin noch nicht einmal davor zurück, im Parlament wiederholt die Unwahrheit zu sagen.

Da ist zum einen die Dienstwagenaffäre um den ehemaligen Hildesheimer Landgerichtspräsidenten. Zunächst behauptete die Ministerin, 13 Privatfahrten des Gerichtspräsidenten seien nachträglich genehmigt worden. Kurz darauf teilte das Justizministerium in einer Pressemitteilung mit, die Unterrichtung des Landtages durch die Ministerin sei nicht „korrekt“ gewesen – man habe vielmehr ein Dienstvergehen seitens des Gerichtspräsidenten festgestellt. Im Juli behauptete die Ministerin im gleichen Fall, es gebe keine „hinreichenden Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten“. Drei Monate später muss ihr Haus schließlich einräumen, dass die Staatsanwaltschaft Lüneburg inzwischen 323 Dienstfahrten des Gerichtspräsidenten überprüft.

Es ist bezeichnend, dass die entsprechenden Anfragen der CDU-Fraktion, die die Wahrheit erst zu Tage gefördert haben, von heftigen Rufmord-Vorwürfen seitens der SPD und der Grünen begleitet wurden. So stellte der Ministerpräsident das Fragerecht der Abgeordneten grundsätzlich in Frage. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen forderte sogar, gestellte Fragen zurückzuziehen. Fakt ist: Die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Gerichtspräsidenten wurden überhaupt erst durch die Anfrage der CDU ausgelöst. Alle Hinweise auf Basis derer wir gefragt haben, haben sich als wahr erwiesen.



Jens Nacke, MdL - Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

Doch nicht nur das Parlament wird von der Justizministerin in schon fast regelmäßigen Abständen falsch oder unvollständig informiert, auch der Öffentlichkeit gegenüber legt sie einen mehr als fragwürdigen Umgang mit der Wahrheit an den Tag. So wurde die Bevölkerung im Fall des geflüchteten Sicherungsverwahrten aus der JVA Rosdorf, der ausgerechnet während eines Freigangs auf dem Fest zum Tag der Deutschen Einheit in Hannover entwichen war, über Tage hinweg nicht über die tatsächlich von dem Flüchtigen ausgehende Gefahr informiert. Vielmehr hieß es aus dem Justizministerium, es stehe nicht zu befürchten, dass er erhebliche Straftaten begehe. Erst fünf Tage nach der Flucht des Sicherheitsverwahrten warnte das Landeskriminalamt vor dem „Intensivtäter“ und rief die Bevölkerung auf, sich von ihm fernzuhalten.

Diese Beispiele zeigen, wie die Wahrheit von der Justizministerin fortwährend verbogen wird. Das Muster ist immer dasselbe: Vorfälle und Fehler werden solange verheimlicht und vertuscht, bis sie nicht mehr zu leugnen sind. Konsequenzen aus den Pannen der vergangenen Wochen und Monate zieht sie nicht. Ihr Verhalten macht deutlich, dass die Justizministerin mit ihrem Amt völlig überfordert und damit eine Belastung für die gesamte Justiz ist.

# AUS DEM PARLAMENT

## STRUKTURPOLITIK: CHAOS STATT RAUMORDNUNG

### Änderung des Landesraumordnungsprogramms kommt Enteignung der Landwirte gleich und missachtet Strukturen im Einzelhandel

Über Generationen hinweg wurden in Niedersachsen unwirtschaftliche Moorflächen mühevoll für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung nutzbar gemacht. Heute bilden die großen Grünlandflächen das Rückgrat der niedersächsischen Milchwirtschaft. Jetzt drohen genau diese Flächen für die Landwirtschaft verloren zu gehen. Hintergrund sind die von Landwirtschaftsminister Meyer im neuen Landesraumordnungsprogramm (LROP) vorgesehenen Maßnahmen zum Moorschutz.

Durch Wiedervernässung will Rot-Grün fruchtbares Ackerland in Vorranggebiete für Moorentwicklung umwandeln. Komplette eingestellt werden soll der Torfabbau. So soll der Ausstoß von im Boden gebundenen CO<sub>2</sub> reduziert werden. „Meyers Pläne sind eine existenzielle Bedrohung für Tausende landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen“, kritisiert Clemens Große Macke, strukturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Die Pläne sind mit Umweltschutz allein nicht zu rechtfertigen. Die Vorranggebiete für den Torfabbau in Niedersachsen würden nur einen Bruchteil – im Cuxland lediglich 400 Hektar – einnehmen. „Es ist äußerst fragwürdig ob mit dem Erhalt dieser kleinen Fläche ein wirklicher Beitrag zum weltweiten Klimaschutz geleistet wird.“

Fraglich sei, wie Rot-Grün gewährleisten wolle, dass Flächen landwirtschaftlich nutzbar bleiben, wenn angrenzende Felder wieder zu Mooren gemacht werden. „Ebenfalls unklar ist, wer für die entstehenden Rückbaukosten von Drainageleitungen und Wasserregulierungstechnik aufkommt“, so Große Macke. „Es darf nicht passieren, dass die Landwirte, die praktisch durch die Hintertür enteignet werden, auch noch für die Kosten dieses fragwürdigen Konzeptes aufkommen müssen.“

Zudem ist der Verlust von Ackerland nicht allein ein Problem der Landwirtschaft. „Verbleibende Flächen werden zwangsläufig teurer in Pacht und Kauf, wenn das verfügbare Land künstlich verknappert wird. Darüber hinaus wird der Planungsspielraum für die Siedlungsentwicklung der Kommunen drastisch eingeschränkt“, betont Große Macke.



Clemens Große Macke, MdL – strukturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Durch Wiedervernässung will Rot-Grün fruchtbares Ackerland in Vorranggebiete für die Moorentwicklung umwandeln.

Foto: dpa

Ein weiteres Problem macht Große Macke in der Zuordnung von Einzugsgebieten für den Einzelhandel aus. Hier werde lediglich die Erreichbarkeit der Mittelzentren mit dem Auto als einziges Kriterium herangezogen. „Solche Planungen gehen an der Wirklichkeit vorbei und haben nichts mit den tatsächlichen Kundenströmen zu tun“, sagte Große Macke. Für derartige Planungen müsse auch das Einzelhandelsgutachten betrachtet werden.

„Meyers handwerkliche Fehler sind bedenklich und nicht nachvollziehbar. Die rot-grünen Pläne gehen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei und haben das Potenzial der Wirtschaftsleistung einer ganzen Region zu schaden“, kritisiert Große Macke.

## INTERVIEW

### IDEENWERKSTATT SÜDNIEDERSACHSEN

#### GESTARTET: IM GESPRÄCH MIT UWE SCHÜNEMANN

Der „Südniedersachsenplan“ der SPD ist gescheitert bevor er richtig begonnen hat. Im Europaausschuss musste Staatssekretärin Birgit Honé auf CDU-Nachfrage einräumen, dass die Landesregierung kein Konzept für die Inanspruchnahme ko-finanzierter EU-Gelder für strukturschwache Kommunen – zum Beispiel in Südniedersachsen – hat. Die CDU-Landtagsfraktion will die Probleme in Südniedersachsen jetzt gemeinsam mit prominenten Akteuren aus der Region aktiv angehen. Die Leitung der eigens dafür eingerichteten „Ideenwerkstatt Südniedersachsen“ hat ebenfalls ein bekannter Südniedersachse übernommen – der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann. Im Interview erklärt er den Ansatz der CDU-Initiative und welche Probleme es primär anzugehen gilt.

#### Die CDU-Landtagsfraktion hat eine „Ideenwerkstatt Südniedersachsen“ gestartet - warum?

**Schünemann:** Es ist notwendig, Arbeitsplätze zu sichern – vor allem aber müssen wir der jungen Generation eine Perspektive geben. Immer mehr Jugendliche wandern ab. Der Fachkräftemangel wird sehr schnell ein Thema sein. Deshalb wollen wir ein Gesamtpaket schnüren, um die Jugendlichen auch tatsächlich in der Region halten zu können.

#### Sie kommen selbst aus der Region – was sind die speziellen Probleme, die es in anderen Landesteilen nicht gibt?

**Schünemann:** Die unzureichende Verkehrsanbindung einiger Gebiete an das Autobahnnetz bremst die wirtschaftliche Entwicklung eklatant. Südniedersachsen ist stärker von der demografischen Entwicklung betroffen als andere Regionen. Viele Kommunen sind erst nach dem Entschuldungsprogramm der alten Landesregierung in Höhe von 400 Millionen Euro wieder handlungsfähig. Die Stärken in den Bereichen Biotechnologie, Chemie oder Gesundheit führen nur bedingt zu zusätzlichen Arbeitsplätzen.

#### Was unterscheidet die Ideenwerkstatt der CDU vom „Südniedersachsenplan“ der SPD?

**Schünemann:** Der „Südniedersachsenplan“ war eine Wählertäuschung: Von versprochenen 100 Millionen sind 50 Millionen Euro geblieben. Rund 1 Million Euro jährlich für die sechs Gebietskörperschaften in den kommenden sieben Jahren sind schlicht ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem wurde mit der Schaffung eines Projektbüros und von zwei zuständigen Landesbeauftragten mehr Bürokratie aufgebaut. Wir dagegen werden zusammen mit Entscheidern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik Leuchtturm-Projekte über Landkreisgrenzen hinweg initiieren, unbürokratische Soforthilfe durch „Regionalisierte Teilbudgets“ und die Fortsetzung des erfolgreichen Entschuldungsprogramms einfordern.



Uwe Schünemann, MdL – CDU-Landtagsabgeordneter und Leiter der „Ideenwerkstatt Südniedersachsen“

#### Wie die Europäische Union werfen auch Sie der SPD handwerkliche Mängel vor. Wo liegen die Schwächen des „Südniedersachsenplans“?

**Schünemann:** Wenn die EU-Kommission sagt: „Wir haben den ganzen Ansatz nicht verstanden“, spricht das Bände. Der Plan ist handwerklich schlecht gemacht – weder die Ist-Situation noch die Ziele sind vernünftig definiert. Und nur dann gibt es Geld von der EU. Bisher kommen von Rot-Grün nur Worthülsen und Nebelkerzen. Damit ist der Region nicht geholfen.

#### Welche Maßnahmen sind im Arbeitskreis in Planung?

**Schünemann:** Ich bin den zahlreichen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft dankbar, dass sie bereit sind, neue Ansätze für die Schaffung von innovativen Arbeitsplätzen, für eine bessere Verzahnung von Forschung und Mittelstand zu entwickeln. Wir werden Vorschläge erarbeiten, um die junge Generation intensiver an Südniedersachsen zu binden. Eine faszinierende Präsentation der Berufs- und Studienangebote in der Region ist überfällig. All diese Ideen werden wir zusammenstellen, projektfähig machen und eine Finanzierung aufzeigen.

#### Welche Mitglieder konnten bisher für die „Ideenwerkstatt Südniedersachsen“ gewonnen werden?

**Schünemann:** Bürgermeister und die Abgeordneten der CDU, Vertreter der Universität Göttingen, der TU Clausthal und von der HAWK Holzwinden sowie Vertreter der mittelständischen Unternehmen und von Verbänden werden mitarbeiten. Wir wollen aus der Opposition heraus unseren Beitrag für eine Wachstumsstrategie dieser Region leisten. Es ist ein tolles Signal, dass uns so viele dabei unterstützen und sagen: „Jawohl, das ist der richtige Ansatz und wir wollen dabei sein!“

# DIE FRAKTION UNTERWEGS

## ZWEISPRACHIGE SCHULEN IN SCHLESISIEN – EIN ZEICHEN VON FREIHEIT

**Deutsch als Fremdsprache erfreut sich in Polen immer größerer Beliebtheit – die Plätze an den zweisprachigen Schulen im Land sind heiß begehrt. Großen Anteil daran hat unter anderem die deutschsprachige Minderheit in Schlesien, wie die Innenpolitiker der CDU-Landtagsfraktion bei ihrer Reise in die Region erfahren haben.**

Seit vier Jahren steht die Grundschule in Klein Raschau (Raszowa) nun schon unter der Trägerschaft des deutschsprachigen Vereins „Pro Liberis Silesiae“. Die Schüler werden hier zweisprachig unterrichtet - auf Polnisch und Deutsch. „Die Möglichkeit der zweisprachigen Schulbildung ist für die deutsche Minderheit in Polen von enormer Bedeutung – es ist ein Zeichen von Freiheit. Bis 1990 war es ihnen selbst im Kreis der Familie verboten, deutsch zu sprechen“, berichtet der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Götz, der die Schlesien-Reise für die Fraktion organisiert hat.

Doch nicht nur innerhalb der deutschsprachigen Minderheit, auch bei der polnischen Bevölkerung steigt die Nachfrage nach einem Platz an den bilingualen Schulen. „Polnische Eltern erhoffen sich für ihre Kinder bessere berufliche Perspektiven, wenn sie zweisprachig aufwachsen“, erklärt Götz. Auch in Oppeln (Opole) und Guttentag (Dobrodzień) wurden bereits Schulen nach diesem Modell eingerichtet. Um die Renovierung und Ausstattung der Schulgebäude kümmert sich „Pro Liberis Silesiae“ in Eigenregie. Götz: „Die Vereinsleitung hat uns die Bitte mit auf den Heimweg gegeben, für die Klassenräume Möbel in Niedersachsen zu sammeln. Wir werden natürlich versuchen, die Schulen nach Kräften zu unterstützen. Uns ist es wichtig, die seit Jahrzehnten gewachsenen Kontakte zu der deutschsprachigen Minderheit in Schlesien zu pflegen.“

Eine weitere gute Anregung haben die CDU-Abgeordneten in Breslau bekommen: „Wir waren überrascht festzustellen, dass die sächsische Staatskanzlei dort ein Verbindungsbüro unterhält, um die Zusammenarbeit mit Polen zu vertiefen“, erzählt Götz. „Eine Option, über die auch Niedersachsen nachdenken sollte.“ Büroleiter Andreas Grapatin habe bereits seine Bereitschaft signalisiert, auch mit politischen Vertretern aus Niedersachsen zusammenzuarbeiten. „Für die niedersächsische Land- und Forstwirtschaft wird Westpolen in Zukunft ein immer wichtigerer Markt werden. Niedersächsische Landwirte haben ab 2016 die Möglichkeit, dort ohne Begrenzung Betriebe zu unterhalten und Land zu erwerben“, so Götz. „Eine enge Kooperation mit den Behörden vor Ort ist vor diesem Hintergrund unerlässlich.“



Die CDU-Delegation vor einer Miniatur des Breslauer Doms.



Rudolf Götz, MdL – CDU-Landtagsabgeordneter

## TERMINE

11. - 14. November  
Messe EuroTier

2. Dezember  
Impulsvortrag von Dr. Carsten Linnemann  
MdB, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, zum Thema: „Werden Wirtschaft und Mittelstand vernachlässigt? – Eine Zwischenanalyse im Zeichen der Großen Koalition“ (auf Einladung des Parlamentskreises Mittelstand)

9. - 10. Dezember  
Bundesparteitag der CDU in Köln

15. - 18. Dezember  
Sitzung des Niedersächsischen Landtags

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

**Verantwortlich:**  
Jens Nacke MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Redaktion:**  
Anna Anding  
Dr. Eike Frenzel  
Sabine Busse  
Philip Ossenkopp  
Telefon (05 11) 3030-4119

[bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de](mailto:bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de)

**Die Fraktion auf Facebook**  
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>